

MIT GESPALTENER ZUNGE

WARUM DIALOGE SCHEITERN

MAXIMILIAN GOTTSCHLICH

Damit Kommunikation im Allgemeinen und Dialoge im Speziellen gelingen können, reichen vollmundige Bekenntnisse zur Gesprächsbereitschaft nicht aus. Es gibt ein paar unverzichtbare Voraussetzungen, die beachtet werden müssen, damit Verständigung kein leeres Lippenbekenntnis bleibt.

Diese kommunikativen Voraussetzungen gelten nicht nur für private, zwischenmenschliche Beziehungen, sondern auf allen Ebenen gesellschaftlichen Zusammenlebens – auf Ebene der Politik nicht weniger, als im interreligiösen oder interkulturellen Dialog. So unterschiedlich diese Gesprächsebenen und die damit verbundenen Interessenslagen auch immer sein mögen – letztlich kommt es auf einen entscheidenden, den Gesprächsverlauf und das Gesprächsergebnis maßgeblich bestimmenden Faktor an: die Wahrhaftigkeit.

Die Gesprächspartner müssen einander wechselseitig unterstellen können, dass ihre Worte mit ihren Absichten übereinstimmen, dass die gesprochenen Worte also authentisch sind. Nur unter dieser Voraussetzung wechselseitig unterstellter Wahrhaftigkeit, also des Vertrauens darauf, dass keiner den anderen zu täuschen beabsichtigt, kann Kommunikation, kann der Dialog gelingen.

Es muss aber noch eine zweite Bedingung erfüllt sein: Die Gesprächspartner müssen auf die Durchsetzung ihrer partikularen Interessen und des damit verbundenen subjektiven Wahrheitsanspruchs zugunsten einer gemeinsamer Konsensfindung verzichten. Denn jeder wahrhaftige, an der Konsensfindung (was nicht heißt: einer Meinung sein zu müssen) orientierte Dialog bedarf der gemeinsamen Überzeugung, dass keiner der Gesprächspartner im alleinigen Besitz der Wahrheit ist sondern dass wir alles dazu tun müssen, damit wir uns an der gemeinsamen Wahrheitssuche beteiligen können. Das kann aber nur im Prozess der Kommunikation gelingen.

Deswegen ist Wahrheit ihrem Wesen nach ein dialogischer Begriff. Im Wort Dialog ist der Begriff Logos enthalten und Logos meint sowohl göttlicher Geist, als auch Begriffe wie Vernunft, Sinn und Wort.

Im Dialog wird im Idealfall dieser Geist, dieser verborgene Sinn gemeinsam hergestellt, geteilt und widerspruchsvolle Mehrdeutigkeit in gemeinsames Sinnverstehen verwandelt. Freilich bedarf es dazu des Verzichts auf jegliche offene oder verborgene strategische Absicht der Partner – kurz: Die Partner stehen vor der nicht leichten Aufgabe, sich wahrhaftig aufeinander einlassen zu müssen.

Doch spätestens an dieser Stelle beginnen die eigentlichen Schwierigkeiten, z.B. bei interreligiösen Dialogen. Sie kommen über den bloßen Austausch ökumenischer Höflichkeiten oftmals nicht hinaus. Und das hat seine Gründe.

Der Christlich-Jüdische Dialog und seine Implikationen

Der sogenannte Christlich-Jüdische Dialog, um ein prominentes und markantes Beispiel zu nennen, ist deswegen in den vergangenen fünf Jahrzehnten – seit dem *Zweiten Vatikanischen Konzil* 1965 und dessen, für die Neubestimmung des Verhältnisses der Katholischen Kirche zum Ju-

Aus der Strategie verbaler Täuschung und Verschleierung aus religiöser Not ist heute diese Strategie als politisches Kalkül zur Durchsetzung islamischer Interessen in Europa geworden.

Die Vorkämpfer eines aufgeklärten Islam mahnen längst überfällige Reformen ein, aber mit der Reformbewegung wächst auch der Widerstand gegen sie.

dentum maßgebliches Konzilsdekret *Nostra Aetate* – so steril und folgenlos geblieben, weil es auf christlicher Seite an dieser Wahrhaftigkeit mangelte und heute mehr denn je mangelt. Denn weder das Konzil-Bekenntnis der Katholischen Kirche zum Judentum und zum jüdischen Erbe des Christentums noch der international betriebene Dialogprozess hat dem Antisemitismus und Antijudaismus im zumindest immer noch christlich geprägten Europa etwas von seiner destruktiven Kraft genommen. Es ist also in all den Jahrzehnten nicht gelungen, eine christliche Religiosität zu entwickeln, die gegen den Judenhass immunisieren würde.

Im Gegenteil: Nie war der Antisemitismus so virulent wie heute – er hat sich nur neu maskiert: Als allgegenwärtiger Hass auf den jüdischen Staat Israel nimmt er längst – spätestens seit dem für Israel siegreichen Sechstagekrieg 1967 – einen festen Platz im öffentlichen Diskurs ein.

Dass der neue Antisemitismus in Gestalt des Antisraelismus und Antizionismus, insbesondere auch bei katholischen, wie evangelischen Christen in Europa auf fruchtbaren Boden fällt, hat viele historische, tiefenpsychologische und theologische Gründe. Ein maßgeblicher Grund für den neuen Antisemitismus unter Christen liegt mit Gewissheit auch darin, dass die Katholische Kirche peinlichst darum bemüht war (und immer noch ist), den mit dem *Zweiten Vatikanischen Konzil* in Gang gesetzten Versöhnungsprozess mit dem Judentum tunlichst auf die rein theologische Ebene zu beschränken, um gegenüber den arabischen Ländern ja nicht den Eindruck zu erwecken, die weltweit mächtige Katholische Kirche würde den jüdischen Staat unterstützen. Zu groß war und ist die Sorge um das Schicksal der Christen in der arabischen Welt.

So hat das, zu Ende des Konzils im Oktober 1965 verabschiedete Dekret *Nostra Aetate*, in dem die Kirche auf wenigen Seiten und mit knappen – um nicht zu sagen: halbherzigen – Worten ihr Ver-

hältnis zum Judentum neu bestimmte, den Fokus lediglich auf das historische Judentum gelegt. In diesem maßgeblichen Dekret ist die Kirche trotz ihrer Kehrtwendung in der sogenannten Judenfrage den Juden alles schuldig geblieben: Weder findet sich ein Wort der Reue und der Scham über den christlichen Antijudaismus der vergangenen zwei Jahrtausende, noch wird die Shoah und ihre, weit in die Geschichte zurückreichenden, christlichen Wurzeln erwähnt, noch wird an die Mitwirkung und Duldung des organisierten Massenmordes an den europäischen Juden durch Kirche und Christen erinnert, noch wird ein Bekenntnis zum Judentum der Gegenwart, also zum jüdischen Staat Israel abgelegt, den es deswegen gibt, weil es den Holocaust gegeben hat.

So ist auch nicht verwunderlich, dass es nach dem Konzil fast dreißig Jahre – also bis 1994 – dauerte, bis der Vatikan Israel diplomatisch anerkannte. Heute gelingt die Verständigung zwischen Christen und Juden in der Regel nur um den Preis der Ausklammerung der Israel-Frage. Es ist ein Reden mit gespaltener Zunge: Judentum ja, Israel, wie es sich jetzt politisch und militärisch präsentiert, nein.

Päpste reisen als Zeichen der Versöhnungsbereitschaft nach Jerusalem zur Klagemauer und lassen zugleich zu, dass höchste kirchliche Würdenträger sich nicht scheuen, Palästinenserlager im Gazastreifen oder in der Westbank mit KZs zu vergleichen.

Man kann darauf wetten: Wenn in einschlägigen Diskussionen über das christlich-jüdische Verhältnis, oder über den Antisemitismus in Europa die Rede auf Israel fällt, dann kippt das vordergründige Einvernehmen schnell in heftige Unmutsbekundungen gegen Israel und selbst hohe Kirchenvertreter überkommt dann nicht selten unheiliger Zorn gegen „die Politik Israels“.

Auch sie betreiben damit – wissentlich oder unwissentlich – das antisemitische Geschäft der Feinde Israels, die sich auf die negative Utopie ei-



nes judenfreien Palästina eingeschworen haben. Was aber ist die feierlich proklamierte Versöhnung zwischen Christentum und Judentum wert, wenn sie nicht dazu taugt, gegen den neuen Antisemitismus, der sich als Antiisraelismus und Antizionismus tarnt, nachhaltig Widerstand zu leisten? Was ist der Christlich-Jüdische Dialog wert, wenn dessen daran Beteiligte nicht in der Lage oder willens sind, gegen den europaweiten Hass auf Israel, auch unter Christen, theologisch und politisch zu mobilisieren? Was ist von deren sogenanntem Dialog zu halten, wenn sie ihn mit gespaltener Zunge führen, weil viele Christen von ihnen nicht müde werden, Israel, wann immer sich die Gelegenheit dazu bietet, auf die Anklagebank zu rücken?

Als Nachkommen der Tätergesellschaften sind sich viele dessen nicht bewusst, dass sie damit auf andere Weise wiederholen, was ihre Väter, Großväter und Urgroßväter schon unter den Nazis getan haben: die Opfer zu Tätern zu stempeln und so die eigentlichen Täter und damit sich selbst posthum zu entlasten.

Es sind christliche Organisationen wie *Pax Christi* oder der *Ökumenische Rat* der Kirchen und mit ihnen zahlreiche andere kirchliche Verbände in Österreich, Deutschland und anderswo in Europa, die mit ihrem systematischen Antizionismus und Israel-Bashing den Antisemitismus reinwaschen, ihn gleichsam adeln. Sie alle stehen in der Mitverantwortung für den Anstieg und die Radikalisierung antisemitischer Ressentiments in der Bevölkerung. „Die Israelis verhalten sich gegenüber den Palästinensern genauso unmenschlich, wie damals die Nazis gegenüber den Juden.“ Fast jeder zweite Österreicher (42%) stimmt heute dieser Meinung zu. Ein solcher Antisemitismus der Schuldumkehr diene immer schon in der Geschichte zur Rechtfertigung der Verfolgung der Juden.

Als im Sommer 2014 in deutschen Städten gegen Israel demonstriert wurde, weil das israelische Militär einen Gegenschlag gegen den anhaltenden Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen führte und die Massen, Rechte wie Linke, Antiisrael-Parolen skandierten, darunter auch: „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“, da blieben die Vertreter des Christlich-Jüdischen Dialogs merkwürdig stumm – und mit ihnen die christlichen Kirchen insgesamt.

Kein Konsens in Sicht: Reform und Islam

Noch schwieriger verhält es sich in Bezug auf den Dialog mit dem Islam. Von diesem Dialog dringt wenig mehr an die Öffentlichkeit als eine Ansammlung oberflächlicher Lippenbekenntnisse zu humanitären Selbstverständlichkeiten. Zwar würde das aufgeheizte gesellschaftliche Klima diesen Dialog mehr denn je notwendig machen, dazu fehlen aber auf beiden Seiten weithin die Voraussetzungen.

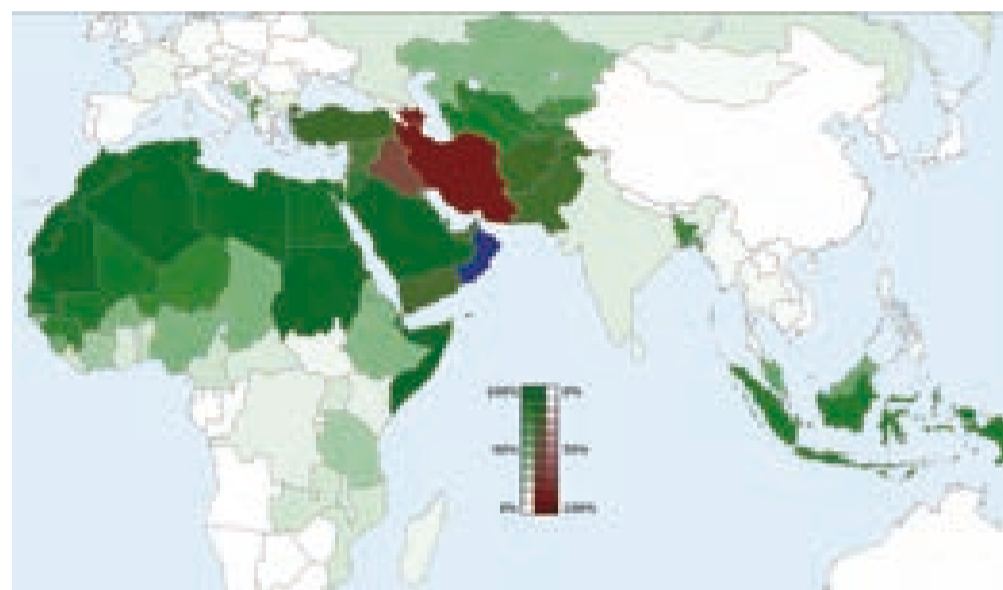
Die Blutspur, die der Terror seit Jahren im Namen des Islam quer durch Europa zieht auf der einen und die ungebrochenen Migrationsströme aus der islamischen Welt auf der anderen Seite, tragen nicht nur zu einer, sich zunehmend radikalierenden Polarisierung der europäischen Gesellschaften und zum Aufstieg der extremen Rechten bei, sondern setzen auch Muslime in Europa unter wachsenden Rechtfertigungsdruck.

Dazu kommt, dass sich der Islam auch mit wachsender Kritik von Innen konfrontiert sieht. Die Vorkämpfer eines aufgeklärten Islam mahnen längst überfällige Reformen ein, aber mit der Reformbewegung wächst auch der Widerstand gegen sie.

Bereits 2003 stellte der *Zentralrat der Muslime in Deutschland* angesichts dieser Reformbestrebungen fest: „Dem Islam droht

Gefahr, auf Grund des politischen und staatlichen Drucks gespalten zu werden in zwei Konfessionen: den Islam und den Reformislam.“ Um diese Gefahr der – ohnehin unausweichlich erscheinenden – Spaltung des Islam zu vermeiden, wird alles bekämpft, was diesem Reform-Islam Auftrieb geben könnte. Darauf ist auch die gesamte Kommunikationsstrategie der Muslimverbände und der meisten ihrer Anhänger und Mitglieder in Europa ausgerichtet.

Daher wird systematisch versucht, jegliche öffentliche Kritik am Islam und der „Theologie der Gewalt im Koran“ (Hamed Abdel-Sa-



mad) schön zu reden oder als „islamophob“ zu diskreditieren. Ebenso wird unermüdlich an der – historisch, wie theologisch unhaltbaren – Unterscheidung zwischen dem Islam als friedlicher und toleranter Religion einerseits und einem gewaltaffinen, politischen Islam(ismus), der mit dem „wahren“ Islam „nichts zu tun hat“ festgehalten. Gerade diese Argumentationsfigur ist ein prominentes Beispiel für die Strategie der Vernebelung von Tatsachen. Denn genau die – von den meisten europäischen Vertretern eines Reform-Islam geforderte – Trennung von Religion und Politik untersagt nämlich der Koran. Religion und Politik sind im Islam untrennbar miteinander verbunden. Der politische Islamismus ist fest im Islam als religiösem Glaubenssystem verankert und durch den Koran religiös legitimiert. Das genau aber ist das Problem, das die Reformer benennen und die Reformgegner zu verhüllen oder zu verschleiern versuchen. Und daran orientiert sich dann auch die öffentliche Kommunikationspolitik muslimischer Verbände und Repräsentanten.

Wenn nicht Aufklärung, Transparenz und Selbstkritik zu vorherrschenden Kommunikationsprinzipien erhoben werden, sondern Negierung, Tabuisierung oder Leugnung, dann bleibt nur mehr ein Reden mit gespaltener Zunge. Und dabei brauchen Muslime nicht einmal ein schlechtes Gewissen zu haben, weil ein solches Reden mit gespaltener Zunge religiös und moralisch gedeckt ist. Der viel beschworene Dialog, der Wahrhaftigkeit zur unverzichtbaren Voraussetzung hat, kann also unter solchen Voraussetzungen nicht gelingen.

Das Taqiyya-Prinzip: Lizenz zur Täuschung

Es gibt im Islam ein auf den Propheten Mohammed zurückgehendes Prinzip, das mit dem Begriff der Taqiyya (arabisch: Furcht, Vorsicht) bezeichnet wird. Bei der Taqiyya gilt dem Koran nach, dass Rechtgläubige seit jeher die Erlaubnis haben, ja sogar die religiöse Pflicht, in Zeiten der Bedrängnis, Nötigung oder Bedrohung von Leib und Leben, ihren Glauben zu verleugnen und damit so-

gar die strikten rituellen Gesetze des Islam zu übertreten (Sure 5,5; 6, 119).

Das Taqiyya-Prinzip deckt das moralisch zweideutige Vorgehen, „im Interesse der Sache ein Geheimnis aus seinem wahren Bekenntnis zu machen und den Machhabern gegenüber, der Not gehorchend, die Zugehörigkeit zu deren herrschenden Irrlehren zu simulieren“ (Ignaz Goldziher). Wenn es die Situation erfordert wird dem Rechtgläubigen empfohlen, so soll er dem Schein nach selbst einen fremden Glauben oder eine fremde Überzeugung annehmen, denn es sei besser, führt Goldziher weiter aus, sich „mit deiner

Zunge“ loszusagen, aber „innerlich deine Treue“ zu bewahren, als das eigene Leben und das Leben anderer Gläubiger durch offenes Bekenntnis (zum Islam) aufs Spiel zu setzen.

Das Taqiyya-Prinzip ist also die religiöse und moralische Rechtfertigung für alle Arten von Täuschung, Verleugnung, Verheimlichung und Verschleierung – wenn es die Situation notwendig erscheinen lässt. Die Frage lautet heute nicht weniger, als sie im gelehrten Schrifttum des Islam damals schon gelautet hat: Wie eng (nur bei Bedrohung des Lebens) oder wie weit (wann immer es opportun erscheint) ist diese Lizenz zur Verleugnung, Täuschung und Verschleierung auszulegen?

Heute besteht für Muslime in nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaften keine, auf Schritt und Tritt lauende Bedrohung an Leib und Leben. Im Gegenteil: Muslime leben heute nirgends sicherer als in Europa, unter dem Schutzschild der – nicht selten von ihnen geschmähten und belächelten – demokratischen Rechtsstaatlichkeit. Und das offene und öffentliche religiöse Bekenntnis zum islamischen Glauben und zu seinen rituellen Gesetzen zählt längst zum Diskursrepertoire europäischer Gesellschaften.

Dennoch: Der Islam ist in Europa angesichts seiner mörderischen terroristischen und extremistischen Auswüchse, angesichts des erstarkenden politischen Islamismus, der überall in Europa mittels mächtiger Muslimverbände seine Brückenköpfe ausbaut und wegen der – wie sich heute erschreckend zeigt – unerwartet geringen affektiven und ideologischen Bindung großer Teile moderater Muslime an das freiheitlich-demokratische System, unter wachsenden Rechtfertigungsdruck geraten. Und da bietet das Taqiyya-Prinzip neue Antworten auf alte Probleme: Aus der Strategie verbaler Täuschung und Verschleierung aus religiöser Not ist heute eine Strategie verbaler Täuschung und Verschleierung als politisches Kalkül zur Durchsetzung islamischer Interessen in Europa geworden. Damit aber hat sich das, ursprünglich religiös gebundene Taqiyya-Prinzip, so scheint es, in unsere Zeiten transformiert.

Der Strategie der Täuschung und Verschleierung wahrer Absichten fällt nicht nur die Wahrheit zum Opfer, sondern bisweilen wird dadurch auch das Gegenteil dessen bewirkt, was durch solche Täuschung erreicht werden sollte: Im Juni dieses Jahres blockierte der mächtige türkische Islamverband *Ditib* – er untersteht der türkischen Religionsbehörde *Diyanet* – die Teilnahme türkischer Muslime am muslimischen Friedensmarsch in Köln gegen islamischen Terror. *Ditib*s fadenscheiniges, ja absurdes und zynisches Argument: Man wolle sich nicht in die „Rolle von Tätern“ drängen lassen, denn durch eine solche öffentliche Demonstration gegen islamischen Terror würden Muslime „stigmatisiert“.

Welche perverse Logik kommt hier zum Augenschein? Muslime werden davon abgehalten gegen islamischen Terror zu protestieren, weil der Protest als Eingeständnis eines virulenten, islamischen Gewaltproblems missverstanden werden könnte. Lieber lässt man also von türkisch offizieller, muslimischer Seite aus die Chance, ein Zeichen der Solidarität mit den Opfern islamischer Gewalt zu setzen, ungenutzt verstreichen, als die geübte Praxis der Tabuisierung des Themas „Gewalt im Islam“ zu durchbrechen. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, wird gelehnet und ausgeblendet, was nicht in das offizielle Bild des Islam passt. Damit ist *Ditib* in die eigene Taqiyya-Falle gegangen: Die vermeintliche Stigmatisierung, die man angeblich vermeiden wollte, ist durch diese Entscheidung des Demonstrationsverbots für türkische Muslime erst recht eingetreten. Denn was in der Öffentlichkeit hängen blieb, ist: Wenn es gegen islamischen Terror und gegen Gewalt im Namen Allahs geht, dann bleiben die moderaten Muslime lieber zu Hause statt auf die Strasse zu gehen... □

Maximilian Gottschlich ist emeritierter Professor für *Publizistik- und Kommunikationswissenschaft* der Universität Wien. Zuletzt erschien von ihm das Buch *Unerlöste Schatten. Die Christen und der neue Antisemitismus* (F. Schöningh 2015).

Über die künstlerischen Arbeiten des Autors konnten sich Leser der *Illustrierten Neuen Welt* in der vergangenen Nummer 2/2017 ein Bild machen. Als Cover-Bild wählte die Redaktion seine abstrakte Komposition *Tanz der Stimmen*.

LUNETTERIE

PHILIPP WANEK

TUCLAUBEN 17
1010 WIEN
TEL. 533 95 79
FAX 533 95 79

www.lunetterie.at

wünscht
allen Kunden
und Freunden
ein glückliches
Neues Jahr